



Dringliches Postulat

22/18 betreffend mehr Transparenz beim Budget

Die letzte Budgetberatung hat es wieder gezeigt.

Pauschale Sparbeiträge über alle Direktionen finden keine Anerkennung und das Parlament ist nicht in der Lage, den politischen Leistungsauftrag genau zu definieren. Dazu fehlen dem Parlament die notwendigen und unabdingbaren Informationen um in Zukunft massgebend Einfluss auf das Budget zu nehmen. Wenn der Gemeinderat sagt, dass das Parlament die Leistung bestelle, dann soll dieses auch über die entsprechenden Informationen verfügen.

In der Leistungsübersicht der jeweiligen Aufgabengebiete sind der politische Leistungsauftrag, die gesetzlichen Grundlagen sowie der Bezug zum Legislaturprogramm beschrieben. Die Ausführungen sind jedoch inhaltlich derart knapp beschrieben, dass daraus kein eigentliches Sparziel oder Sparpotential abgeleitet werden kann. Ebenso kann aus den gesetzlichen Grundlagen nicht abgeleitet werden, welche Ausgaben als gebunden, als gebunden mit Richtgrössen als Empfehlung oder als ungebunden taxiert werden.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf, den politischen Leistungsauftrag pro Leistungsgruppe ab dem Budget 2019 detailliert nach folgenden Kriterien zu beschreiben:

1. Gebundene Ausgaben per Gesetz, Erlass oder Verordnung ohne oder mit kleiner Möglichkeit der Veränderung oder Einflussnahme durch den Einwohnerrat
2. Gebundene Ausgaben mit Richtgrössen als Empfehlung dessen Bandbreite die Verwaltung selber festlegen kann und mit Einflussnahme durch den Einwohnerrat
3. Ungebundene Ausgaben worüber der Einwohnerrat selber entscheiden kann, ob diese Leistung angeboten werden soll oder nicht
4. Der Vorschlag ist der R+GPK an der Sitzung vom September zu präsentieren.

Emmenbrücke, 24. April 2018

Im Namen der FDP Fraktion

Matthias Lingg

Franz Räber

Stefan Rügsegger